

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 93 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

42. Jahrgang / 44

5. März 1987

Professor Gerhard Hei-
mann MdB erinnert an die
Stalin-Note von 1952: Hi-
storische Chance nicht ge-
prüft.

Seite 1

Dr. Uwe Holtz MdB kom-
mentiert die Lage in Af-
ghanistan: Konflikt nur
am Verhandlungstisch lös-
bar.

Seite 3

Ludwig Stiegler MdB hält
der FDP die eigenen
Atom-Beschlüsse vor:
WAA - kein Koalitions-
thema.

Seite 4

Rolf Wernstedt MdL geht
auf die Diskussion über
die Ausgestaltung der gym-
nasialen Oberstufe ein:
CDU folgt dem Kriegsge-
schrei der Philologen.

Seite 5

Eine historische Chance vertan

Stalins Wiedervereinigungsangebot vor 35 Jahren wurde von
Adenauer nicht ausgelotet

Von Professor Gerhard Heilmann MdB

Vor genau 35 Jahren sorgte Stalin durch ein sehr weitgehendes
und konkretes Angebot der Sowjetunion zur Wiedervereini-
gung Deutschlands für Aufregung. Noch heute klingt diese Auf-
regung nach und scheiden sich die Geister an diesem Ereignis.

Damals, so sagen die einen, habe die Bundesrepublik eine ernst-
hafte Chance vertan; andere sehen in dem Angebot der Sowjet-
union nur ein höchst fragwürdiges Störmanöver, um die Verhand-
lungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)
und damit die Politik der Westintegration zu torpedieren. Falls
die Sowjetunion sich eines Tages entschließen sollte, zur Klärung
dieser Frage ihre geheimen Archive zu öffnen, könnte sich her-
ausstellen, daß die Sowjetunion damals in der Tat bereit war,
einen sehr hohen Preis, also die Wiedervereinigung, zu zahlen, um
die Wiederbewaffnung und nahtlose Westintegration der Bundes-
republik zu verhindern.

Das aber würde bedeuten, daß Kanzler Adenauer und seine
unionsgeführte Bundesregierung im März 1952 vor einer histori-
schen Entscheidung standen, wie sie in der Politik nur selten
vorkommt.

Um so auffälliger ist, daß Adenauer es den Westalliierten möglich
machte, das Angebot der Sowjetunion schon nach zwei Wochen
abzulehnen, ohne auch nur einen einzigen Versuch unternommen
zu haben, den Realitätsgehalt in Verhandlungen oder auch nur
Sondierungen auszuloten. Offenbar hatten diejenigen, die in so
unchristlicher Hast handelten, etwas zu befürchten wie der Teufel
das Weihwasser.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
recycling paper



Wer aber war es, der Richtung und Tempo der Entscheidung erzwang? Waren es die Westalliierten, deren Interessenlage sicher nicht darauf gerichtet war, auf den militärischen Beitrag der von ihnen (eigens zu diesem Zweck?) geschaffenen Bundesrepublik zu verzichten und wiederum ein die Stabilität Europas in Frage stellendes neutralisiertes Deutschland zuzulassen? Wäre es so, dann hätte Kurt Schumacher mit seinem bösen Wort vom „Kanzler der Alliierten“ recht gehabt. Oder aber bestimmten den rheinischen und katholischen Kanzler Adenauer mit seiner bekannten Abneigung gegenüber dem preußisch-deutschen Reich und dessen Hauptstadt Berlin eigene starke Motive und Erfahrungen?

Neuerdings zugängliche Quellen aus westlichen Archiven lassen dies fast zur Gewißheit werden. Dann aber handelte Adenauer subjektiv und objektiv gegen das grundgesetzliche Gebot zur Einheit, das ihm als Mindestpflicht auferlegt hätte, wenigstens zu erkunden, ob Einheit und Freiheit aller Deutschen erreichbar sei.

Es ist damit zu rechnen, daß die historische Forschung Schlag auf Schlag neue Fakten zutage fördern wird, die eine noch eindeutiger Bewertung der damals handelnden Personen und der dahinter stehenden Interessen zulassen werden. Die Entscheidung selbst, die Westintegration der Bundesrepublik und die korrespondierende Einbindung der Deutschen Demokratischen Republik in das sozialistische Staatensystem, ist nicht mehr rückgängig zu machen, sondern nur durch eine gegenseitige Öffnung der beiden europäischen Großsysteme als die neue politische Herausforderung unserer Tage positiv zu verändern. Dennoch ist die historische Aufarbeitung wichtig, weil den selbsternannten „Enkeln Adenauers“ die Scheinheiligkeit nicht länger erlaubt werden darf, sich in Worten als die Hüter des grundgesetzlichen Gebots zur Einheit aufzuspielen, während sie weiterhin wie Adenauer selbst in Taten genau das Gegenteil tun.

Damals, im März 1952, stand die deutsche Politik an einer Weggabelung. Die SPD sagte voraus, was geschehen würde, wenn sich Adenauer und die Union durchsetzen würden. Es ist eingetroffen. Die historische Verantwortung dafür trägt die Union. Wie immer trägt das ganze Volk die Folgen. Die Entscheidung für „das stärkste Bündnis der Welt“ brachte nicht, wie Adenauer damals sagte, die Wiedervereinigung und wird sie auch in Zukunft nicht bringen. Dieses Bündnis hat nicht einmal den Bau der Mauer verhindern können, was, wenn es um Krieg oder Frieden geht, kein Vorwurf ist. Es bedurfte einer radikalen Kehrtwendung in der Ostpolitik unter Führung von Willy Brandt und Egon Bahr, um die Mauer wenigstens wieder durchlässiger zu machen. Aus keinem Ereignis haben die Sozialdemokraten so sehr gelernt wie aus diesem. Seit der ungeprüften Ablehnung des Angebots der Sowjetunion vor 35 Jahren sind Kern der deutschen Frage nicht mehr die Grenzen selbst und die fortdauernde Zweistaatlichkeit, sondern die Überwindung des trennenden Charakters dieser Grenze und die von den beiden deutschen Staaten wahrzunehmende gemeinsame Verantwortung für den Frieden in Europa.

(-/5.3.1987/rs/ks)

* * *



Das Afghanistan-Problem ist militärisch nicht lösbar

Der Konflikt muß auf den Verhandlungsweg beigelegt werden

Von Dr. Uwe Hoitz MdB

Jüngsten Meldungen zufolge hat die afghanische Luftwaffe verstärkt pakistanisches Territorium angegriffen. Solche Nachrichten, von der afghanischen Nachrichtenagentur als Fiktion und als der Versuch zurückgewiesen, die indirekten afghanisch-pakistanischen Gespräche in Genf zu stören, stärken nicht die Hoffnung, daß der Krieg in Afghanistan mit Hilfe der Vereinten Nationen auf friedlichem Wege beendet werden könnte.

Über 70 Menschen sind, glaubt man den Pressemeldungen, allein in den letzten Tagen getötet, weitere 800 verletzt worden.

Den Berichten über militärische Aktionen und ihre verheerenden Folgen steht eine Äußerung des sowjetischen Außenministers Schewardnadse gegenüber: Bei seinem Besuch in Thailand versicherte dieser seinem thailändischen Amtskollegen, daß Moskau in Kürze mit den Regierungen in Kabul und Islamabad zu einer Einigung über den konkreten Zeitplan für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan kommen werde.

Ein solcher Zeitplan wäre die Vorbedingung für eine Verhandlungslösung des schon sieben Jahre dauernden Krieges.

Die Regierung in Kabul scheint bemüht zu sein, nach langen Jahren der brutalen Unterdrückung und Verfolgung der Opposition oder auch nur Andersdenkender, eine nationale Integration anzustreben, freilich unter sozialistischen Vorzeichen. Mit Hilfe der Vereinten Nationen könnte es zumindest möglich sein, eine kontrollierte Unabhängigkeit des Landes zu garantieren, daß sich erst dann der Lösung seiner Konflikte zuwenden könnte.

90 der 159 Kriege, die weltweit zwischen 1945 und Ende 1984 geführt wurden, endeten mit dem militärischen Sieg einer der kriegsführenden Parteien. Lediglich 39 Kriege wurden durch erfolgreiche Verhandlungen beigelegt. Der Krieg in Afghanistan, das hat sich deutlich gezeigt, kann militärisch von keiner Seite entschieden werden. Es wird Zeit, daß er als der 40. auf dem Verhandlungsweg beigelegte Krieg in die Geschichte eingeht. (-/5.3.1987/vo-he/rs)

* * *



WAA - kein Koalitionsthema

Die FDP „vergißt“ ihre eigenen Beschlüsse

Von Ludwig Stiegler MdB

Stellvertretender Landesvorsitzender der bayerischen SPD

Nach dem gegenwärtigen Stand der Koalitionsverhandlungen hat die FDP nichts unternommen, um bei den Koalitionsverhandlungen ihre vorgebliche „skeptische Haltung“ zum schnellen Brüter und zur WAA zum Gegenstand von Koalitionsvereinbarungen zu machen. Vor der Wahl war das anders - vor allem im Anblick der Tschernobyl-Folgen. Damals - im Mai 1986 in Hannover - hat der Bundesparteitag der FDP mit 224 gegen 139 Stimmen verlangt, es müsse geprüft werden, ob die direkte Endlagerung aus Sicherheits- und Kostengründen der WAA vorgezogen werden sollte. Die Presse-Agenturen berichteten gar, die FDP verlange eine „ernsthafte Prüfung“, ob an die Stelle der Wiederaufarbeitung besser die direkte Endlagerung abgebrannter Kernbrennstäbe treten sollte.

Auch Sinn und Zweck des Schnellen Brüters in Kalkar sollten - so der FDP-Bundesparteitag - einer neuerlichen Prüfung unterzogen werden. Eine kommerzielle Nutzung des Schnellen Brüters über die Forschung hinaus werde abgelehnt, berichtet dpa am 24. Mai 1986. Und ddp meldet weiter, die Partei habe nach heftiger Diskussion eine Vorlage des Bundesvorstandes abgelehnt, die eine indirekte Zustimmung zur Wiederaufarbeitung enthalten habe. Statt dessen habe der Parteitag der FDP beschlossen: „Wenn sich erweist, daß eine direkte Endlagerung unter Sicherheits- und Kostensichtspunkten den Vorzug verdient, ist die Entsorgungsstrategie der Bundesrepublik entsprechend zu ändern.“

„Tschernobyl hat uns alle wachgerüttelt“, sagt da der FDP-Vorsitzende Bangemann nach dem Bericht von ddp vom 25. Mai 1986 um 10.20 Uhr. Galt das nur für die Wahlzeit?

„Lockvögel“ nennt man im wirtschaftlichen Wettbewerb Angebote, die nur dazu dienen sollen, Kunden zu fangen. Es scheint, daß die FDP nach der Bundestagswahl die Lockvogelangebote zurückgezogen hat. Bei den Koalitionsverhandlungen jedenfalls sind die Themen WAA und Schneller Brüter dem Vernehmen nach nicht einmal als Randerscheinung vertreten worden.

Wahr ist, daß die FDP-Führung von vornherein einen anderen Standpunkt vertreten hat. Wenn die FDP aber ihre Basis und ihren Parteitag ernst nimmt, muß das Thema WAA und Schneller Brüter wieder auf den Tisch. Ich finde es bezeichnend, mit welcher Verbissenheit die FDP-Führung für die Senkung des Spitzensteuersatzes gekämpft hat. Beschämend ist es aber, wie die FDP-Führung bei den Koalitionsverhandlungen eindeutige Parteitagsbeschlüsse unter den Tisch fallen läßt. Gerade auch die bayerischen Delegierten, deren eine Hälfte sogar eine einjährige Denkpause zum Thema Wackersdorf gefordert hatte, gerade die Jungen Liberalen, die einen völligen Verzicht auf den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage gefordert hatten, sind jetzt aufgerufen, den Parteitagsbeschuß der FDP in Erinnerung zu rufen, wenn sie nicht vollends an Glaubwürdigkeit verlieren wollen. Oder sollen bei der FDP 139 Stimmen über die 224 Stimmen des Parteitages nachträglich dominieren?

Für die Sozialdemokraten geht der Kampf gegen die WAA weiter. Sie werden alle Hebel ansetzen. Auch bei der FDP, die jetzt Farbe bekennen muß. Wir werden so rasch es geht unser Kernenergieabwicklungsgesetz wieder einbringen, das das totale Verbot der Wiederaufarbeitung und deren Ersatz durch die direkte Endlagerung vorschreibt. Wir erinnern die FDP, daß die Studie „andere Entsorgungstechniken“ längst vorliegt, die nachweist, daß die direkte Endlagerung nicht nur aus Sicherheits- und Proliferationsgründen, sondern auch aus Kostengründen den Vorzug vor der Wiederaufarbeitung verdient. Ausreden kann die FDP nicht länger geltend machen. Jetzt sind die Liberalen gefordert.

Oder sollte Strauß doch recht haben, als er das einzig Berechenbare bei den Liberalen ihre Unzuverlässigkeit nannte? Zur Glaubwürdigkeit einer Partei gehört, daß die Parteitagsbeschlüsse nicht in die Ablage, sondern in die Wiedervorlage gehören: Bei den Koalitionsverhandlungen. Die Stunde der Wahrheit über die Umwelt- und Energiepolitik der FDP ist gekommen. (-/5.3.1987/rs/ks)



CDU folgt blind dem Kriegsgeschrei der Philologen

Zur Diskussion über die Ausgestaltung der gymnasialen Oberstufe

Von Rolf Wernstedt MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Bundesweit gibt es nur eine beschlossene und in Ansätzen durchgeführte Bildungsreform: die sogenannte Reformierte Gymnasiale Oberstufe. 1972 hatten sich die Kultusminister nach dem Drängen der Westdeutschen Rektoren Konferenz und anderer Gremien entschlossen, die Klassenverbände aufzulösen, Leistungs- und Grundkurse einzuführen und im Rahmen bestimmter Lernverpflichtungen den Schülern die freie Fächerwahl zu gestatten. Nach einer längeren Versuchsphase ist sie dann 1976 in allen Bundesländern eingeführt worden.

Zur Ruhe gekommen ist diese Reform bis heute nicht. Im Laufe der Jahre (1977 bis 1981) wurden in Niedersachsen die Wahlmöglichkeiten immer weiter eingeschränkt. Der Grund: mögliche, aber nicht häufig gewählte Fachkombinationen entsprachen nicht den Vorstellungen gymnasialer Verwaltungsmenschen. In wirksamen Kampagnen und Diffamierungsstrategien wurde vom Billigabitur geschwafelt, ohne daß bis heute ein statistischer Beleg vorliegt. Daß Schüler auf vorgeblich leichtere Punktzahl überwunden werden konnte. Aufmerksame Beobachter der Leistungsentwicklung an den gymnasialen Oberstufen behaupten, daß durch die freie Wahl der Leistungsfächer die Spitzenleistungen an den gymnasialen Oberstufen deutlich über den früheren Ergebnissen liegen. Die Qualität der Prüfungen in den Leistungskursen übertrifft zuweilen die der Staatsexamina und Diplomprüfungen. Gleichzeitig nimmt aber auch die Zahl der schwächeren Absolventen zu.

Seit einigen Jahren zeichnet sich eine neue Entwicklung ab. Die Schülerzahlen gehen zurück und damit sinkt automatisch die Zahl der Wahlmöglichkeiten. Es sei denn, die Oberstufen benachbarter Schulen würden zusammengelegt. Inhaltlich wird jetzt von derselben Westdeutschen Rektoren Konferenz (WRK), die die Kultusminister vor 20 Jahren zur Einführung der Kurse drängte, gefordert, mindestens fünf Fächer (Deutsch, Mathe, Geschichte, eine Fremdsprache und ein naturwissenschaftliches Fach) verpflichtend bis zum 13. Schuljahr zu belegen. Damit werde angeblich die Studierfähigkeit verbessert und die sogenannte allgemeine Grundbildung erweitert. Die CDU/CSU hat diese Argumentation übernommen.

Ich halte diese Argumentation für ausgemachten Quatsch und äußerst oberflächlich. Die Frage ist, wem dies wirklich nützen soll. Zunächst: durch die Vermehrung um ein oder zwei Kurse erwirbt niemand eine bessere Grundbildung. Daß man sogar durch weniger, nämlich durch Streichung des 13. Schuljahres, mehr erreichen können soll, hat Niedersachsens Kultusminister Oschatz vertreten und ein CDU-Parteitag beschlossen. Es scheint dringend notwendig, sich neudarüber zu verständigen, was, wie und wozu Schülerinnen und Schüler überhaupt lernen.

Wenn es wirklich wahr ist, daß die Beherrschung der deutschen Sprache auch bei Studenten nachgelassen hat, dann kann dies nicht durch zwei Literatorkurse geheilt werden, dann muß der gesamte Deutschunterricht reformiert werden. Dann muß zum Beispiel in allen Fächern die Fähigkeit erworben werden, Sachverhalte präzise zu beschreiben. Allgemein wird beklagt daß Kinder, Jugendliche und Studierende Schwierigkeiten haben, lange Texte aufzunehmen. Ich schlage einen Lesetag pro Monat für jeden Schüler/in und Schule vor. Es würde mehr zur Sensibilisierung der Heranwachsenden beitragen als die weitere Verbreitung höchst fragwürdiger Kommunikationstechniken.

Die CDU will, daß Geschichte verpflichtend bis zum Abitur belegt werden soll. Nun bewirkt die Kenntnis von Geschichtszahlen und einiger historischer Sachverhalte noch gar nichts. Und das deutsche Bildungsbürgertum mit Abitur hat trotz stupender Geschichtskenntnisse in entscheidenden



Jahren dieses Jahrhunderts kläglich versagt. Eine der Lehren aus einer apolitisch verstandenen Geschichte war ja die Etablierung der Politischen Wissenschaften. Mit der Entstehung unseres demokratischen Staatswesens ist die Hereinnahme sozialwissenschaftlicher Kategorien in die Geschichte, in der Form der Gemeinschaftskunde seit 1961, verbunden. Ich will der CDU nicht unterstellen, daß sie keinen demokratischen Unterricht will. Aber der Historikerstreit ist ja unter anderem auch deshalb so fatal, weil ansonsten hochverdiente Historiker wie Nolte und Hillgruber glauben, im politisch luftleeren Raum zu agieren. Daß sie damit höchst politisch wirken, unabhängig von ihrer subjektiven Befindlichkeit, ist nun einmal Tatsache.

Mit der unkommentierten, gleichsam besinnungslos erhobenen Forderung nach Geschichte wiederholt sich ein verhängnisvoller Fehler in der deutschen Bildungsgeschichte. Deshalb ist es wichtiger und richtiger, von historisch-politischer Bildung zu reden als von Geschichte. Wenn es uns zum Beispiel nicht gelingt, die politischen Bedingungsfaktoren des Nationalsozialismus zu begreifen und zu vermitteln, wird das Lernen der Fakten sinnlos.

Ein anderer Punkt: Wenn die sogenannten Kernfächer mit einem derart starken Gewicht versehen werden sollen, dann wird bewußt in Kauf genommen, daß in den gymnasialen Oberstufen die musisch-kulturelle Bildung zurückgeht. Ich erinnere mich sehr gut, daß gerade aus der Union noch vor wenigen Jahren der Lernstreik thematisiert und die Verstärkung der musisch-kulturellen Erziehung gefordert wurde. Gilt das alles nicht mehr?

Noch viel schwerer wiegt etwas anderes: Wir haben in Niedersachsen eine Reihe von Fachgymnasien, in denen das 2. Leistungsfach aus dem Berufsfach kommt. Sollen diese bewährten Schulen, wie die Kollegschaften in Nordrhein-Westfalen, eigentlich zerschlagen werden? Ich glaube, daß die CDU in dieser Frage blind dem Kriegsgeschrei der Philologen folgt. Man kann sehr wohl darüber reden, ob es grundsätzlich bei allen vorgesehenen Berufen möglich ist, nach drei Jahren sowohl das Abitur als auch einen Berufsabschluß zu erwerben. Bei einigen ist es mit Sicherheit möglich. Hinter diesem Streit steht im Grunde etwas anderes: Das Abiturmonopol des Gymnasiums nicht noch weiter anknabbern zu lassen und zu verhindern, daß in die Definition von Studierfähigkeit andere als studienrätliche Beurteilungskategorien Eingang finden.

Das Abitur hat bisher das Studieren möglich gemacht. Dies kann und darf aber nicht der einzige Weg sein, studieren zu können. Die Bildungsqualität der berufsqualifizierenden Fächer sollte nicht gering geachtet werden. Ein Studienrat vermag in der Regel nur Schulbildung zu vermitteln, auch wenn es hochtrabend Allgemeinbildung genannt wird.

Fazit: Im Streit um die gymnasiale Oberstufe zeichnet sich der Kampf um die Schülerzahlen und die Definitionsmacht der Studierfähigkeit ab. Die wirklichen Fragen sind damit noch gar nicht gestellt: Wie kann die pädagogische Aufgabe der Erziehung zur kulturellen Selbständigkeit bei zunehmender Freizeit und ihren Angeboten geleistet werden? In welchem Umfang gehören berufshinführende und berufsqualifizierende Bildungsinhalte in die Oberstufe, wenn fast die Hälfte der jungen Frauen und 40 Prozent der Männer nach dem Abitur nicht sofort studieren? Wie kann eine politische Verständigung über die Definition der Allgemeinbildung und die Integration neuer Wertmuster bei Sicherung der Pluralität erzielt werden?

Die Antworten auf diese Fragen verdienen den öffentlichen Disput. Konservatives Gemauschel im Hinterzimmer bringt die Schule in die Krise.

(-/5.3.1987/rs/ks)